

Herforder Zeitung

Bezugspreis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertagen, mittags

für Stadt



Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Kreuzstraße 29/31

und Land



Fernsprecher Nr. 83 und 184
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt & Hammer

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte 10 Pfennig, die 2 Spalten
20 Pfennig, die 3 Spalten 30 Pfennig,
die 4 Spalten 40 Pfennig, die 5 Spalten
50 Pfennig, die 6 Spalten 60 Pfennig,
die 7 Spalten 70 Pfennig, die 8 Spalten
80 Pfennig, die 9 Spalten 90 Pfennig,
die 10 Spalten 1.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 289.

Herford, Donnerstag, den 9. Dezember 1920

38. Jahrgang.

Um die Beamtenzulagen.

Noch keine Verständigung.

Im Reichstag waren am Mittwoch, obwohl wegen des katholischen Feiertages keine Sitzungen stattfanden, zahlreiche Abgeordnete und Beamtenvertreter versammelt, um die schwierige Lage zu besprechen, die sich daraus ergeben hat, daß die Parteien keine einheitliche Antwort auf die Beamtenforderungen geben wollen. Die Regierung will unter allen Umständen nach den Bestimmungen des Reichsfinanzgesetzes fest bleiben und nicht mehr als die bekannten Erhöhungen der Kinderzulagen für alle Ortsklassen gewähren. Die Deutschnationalen bestehen aber darauf, daß außer den Kinderzulagen auch noch eine Erhöhung der Teuerungszulagen gewährt werde und die Mehrheitssozialdemokratie will außerdem noch ein Erhöhen des Mindestlohns von 8200 M. gefordert haben. Bis zum Mittwoch Abend war noch kein Ausweg aus den Schwierigkeiten gefunden. Wenn es nicht gelingt, eine Einigung in letzter Stunde zu erzielen, so wird der Reichsfinanzminister eine Mehrheit gegen sich haben mit allen parlamentarischen Folgen einer derartigen Ueberstimmung. Da aber keine Partei ernsthaft in diesen Tagen einen Regierungssturz herbeiführen will, darf damit gerechnet werden, daß doch noch in nächster Stunde eine Vereinbarung zustande kommt.

Im einzelnen verzeichnen wir folgende Nachrichten:

Die Forderungen der Beamten.

tu. Berlin, 8. Dez. Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltenvereinigungen, der dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Vorstehender Wohlfahrtsminister Stegerwald, angegeschlossen ist, hat der Regierung und dem Reichstage folgende Mindestforderungen überreicht: Allgemeine Erhöhung der Teuerungszulagen für die gesamten Beamten, besondere Fürsorge für die Kinderreichen Familien, besondere Fürsorge für die Beamten der Industriegebiete, Westfalen, Rheinland, Sachsen und Oberschlesien, sofortige Ankaufnahme des neuen Ortsklassenvergleichnisses in der Weise, daß einseits für die Orte über 10 000 Einwohner die Neueinteilung finanziell wirksam gemacht wird, Auszahlung der Beträge noch vor Weihnachten, Verbeibaltung der Betriebszulagen und Streichung des 25 des Besoldungsgesetzes in der vom Reichstagutachtenauschuß verlangten Weise. Der Gesamtverband verweist auf den Ernst der Lage und erwartet bestimmt die Erfüllung seiner Wünsche.

Die Lage in Westdeutschland.

wpt. Münster. Ueber die Lage in der Beamtenbewegung im westlichen Deutschland hat die W. P. K. umfassende Erkundigungen eingelegt, nach denen folgendes festzustellen ist: Die Führer der Organisationen, unterstützt von einer überwiegenden Zahl ruhiger Elemente, beherrschen die Situation. Der Streik als Machtmittel zur Durchsetzung der materiellen Forderungen der Beamten wird von der Gesamtheit, abgesehen von den radikalen Elementen, verworfen. Jedenfalls will man nichts unversucht lassen, die Angelegenheit in Güte zu regeln. Die Radikalen haben lediglich in Düsseldorf und Dortmund gewisse Erfolge erzielt. Dort sind es besonders die Telegraphenbeamten, die sich nach dem Bericht des Gewerkschaftsleiters der W. P. K. schon bei früheren Gelegenheiten mit ihrem Standpunkt weit von der Mehrheit der Gesamtheit entfernt haben sollen. In diesen Orten ist die passive Resistenz nicht nur angekündigt, sondern auch seit wenigen Tagen in Wirksamkeit getreten. Im allgemeinen hat der Erlaß des Ministeriums, der scharfe Maßnahmen gegen Streikende ankündigt, keine Wirkung nicht verfehlt. In Necklinghausen und Buer haben gestern und vorgestern zahlreiche Beamtenversammlungen stattgefunden, die sich rundweg auf den Standpunkt stellten, daß sie einen Streik nicht mitmachen und sowohl passive Resistenz wie auch die Arbeitsniederlegung ablehnen.

Seit einiger Zeit bereits besteht zwischen den Organisationen der Beamenschaft und denen der Arbeiterschaft enge Verbindung. Aus Gewerkschaftskreisen der Eisenbahnarbeiter wird mitgeteilt, daß für die Arbeiterschaft zur Zeit keine Veranlassung vorliegt, in gleicher Weise wie die Beamten vorzugehen. Allerdings erwartet die Arbeiterschaft ihrerseits, daß die zuständigen Stellen eine Erhöhung der Teuerungszulagen zubilligen. Verhandlungen in dieser Angelegenheit sind im Gange. Es wird aber kein Zweifel darüber gelassen, daß die Arbeiterschaft im Falle eines Streikes der Beamten Streikbrecherdienste nicht leistet.

Die Haltung der Regierung?

tu. Berlin, 9. Dez. (Sig. Drahtb.) In politischen Kreisen herrscht man in Bezug auf die neuen Beamtenforderungen die Lage für nicht ganz ungefährlich an. Reichsfinanzminister Wirth ist fest entschlossen zurückzutreten, wenn für die Beamten mehr bewilligt wird, als ihnen bei der Finanzlage zugestanden werden kann. Wieviel bleibt es auch nicht bei dem Rücktritt des Reichsfinanzministers, denn auch der Reichszentralrat will, wie die „Berl. Morgenpost“ berichtet, einen Rücktritt erklären, wenn die Regierungsparteien sich nicht an die Vereinbarungen halten. In letzter Stunde haben im Reichstage Verhandlungen stattgefunden, um eine Verständigung zwischen den Parteien zu versuchen. Die Regierungsparteien erwägen, ob innerhalb der schon gewährten Mittel vielleicht eine andere Verteilung der Mittel möglich wäre, daß allgemein ein Teuerungszuschlag gewährt und die Kinderbeihilfe entsprechend gekürzt werde. Die Reichsregierung aber erklärt, von ihrem Beschlusse nicht abgehen zu können und weist darauf hin, daß der Reichstag keineswegs zustimmen würde. Die Lage muß unter diesen Umständen als äußerst ernst bezeichnet werden.

Das Neueste vom Tage.

Das Kabinett hat sich gestern mit dem Entente-einpruch gegen die Ministerreden im besetzten Gebiet beschäftigt.

Die Präsidentenwahl in Oesterreich verlief in drei Wahlgängen erfolglos. Allem Anschein nach steht die Wahl eines Großdeutschen bevor.

Die Brüsseler Konferenz, die auf Ersuchen Deutschlands auf den 16. Dezember verschoben wurde, wird von Delacour geleitet werden.

Die Sowjetregierung deckte eine gegen sie und das Leben zahlreicher Volkskommissare gerichtete Verschwörung auf.

In ganz Spanien herrscht, nach einer Regierungserklärung, wieder Ruhe.

Wie der „Konfessionär“ meldet, ist in Berlin eine Geschäftsstelle für die Wiederaufnahme der deutschen und russischen Wirtschaftsbeziehungen gegründet worden. Das Kapital der Treuhandgesellschaft soll auf 50 Millionen Mark festgesetzt werden. Die russische Regierung stellt ihrerseits ein Depot von 50 Millionen Goldrubel oder mehr im neutralen Ausland als Garantiefonds in Aussicht, welches dort lombardiert werden kann.

Wie die Blätter melden, hat die russische Räteregierung in London mitgeteilt, daß die hauptsächlichsten Bestimmungen des englisch-russischen Handelsabkommensentwurfes für sie annehmbar seien.

Das dänische Königspaar traf gestern Abend in Paris ein und wurde dort freudig empfangen.

Verhandlungen mit den Eisenbahnern.

tu. Berlin, 9. Dez. (Sig. Drahtb.) Die gestern nachmittag im Reichsfinanzministerium zwischen den Eisenbahnverbänden und dem Verkehrsministerium eingeleiteten Verhandlungen, an denen auch Mitglieder des interfraktionellen Ausschusses teilnahmen, sind, wie die „Voss. Ztg.“ von zuständiger Seite hört, bisher zum Abschluß nicht gelangt. Eine Klärung der Verhältnisse, wie sie durch die Sonderaktion der deutschen Eisenbahnverbände entstanden sind, dürfte erst in den nächsten Tagen zu erwarten sein. In Eisen ist die Bewegung in ein radikales Fahrwasser gelangt. Dort brachen die Beamten die Verhandlungen mit der Direktion ab und erklärten, keine Verantwortung für etwaige Folgen übernehmen zu können.

Die Brüsseler Konferenz.

Die deutschen Delegierten.

wpt. Berlin, 8. Dez. (Amtlich.) Die deutsche Friedensdelegation ist beauftragt, als Antwort auf die Einladungsnote für Brüssel der französischen Regierung folgende Note zu übergeben: Im Auftrag der deutschen Regierung beehre ich mich, Euerer Excellenz den Empfang der Note vom 5. d. M. wegen einer Zusammenkunft technischer Sachverständiger in Brüssel zu bestätigen. Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis genommen, daß diese Zusammenkunft die Frage der von Deutschland nach dem Friedensvertrage von Versailles geschuldeten Reparationen vorbereiten sollen. Die deutsche Regierung wird die Herren Staatssekretär Bergmann und Karl Friedrich von Siemens als ihre Delegierten zu der Zusammenkunft entsenden. Sie geht dabei von der Voraussetzung aus, daß durch die Zusammenkunft in Brüssel an der Konferenz, die in der Schlusphase der Konferenz in Spa zur Prüfung der von Deutschland in der Reparationsfrage gemachten Vorschläge vereinbart ist, nichts geändert wird. Herr Bergmann ist zur Zeit noch in Paris durch dringende Verhandlungen in Anspruch genommen. Die deutsche Regierung muß aber Wert darauf legen, mit ihm noch vor der Brüsseler Zusammenkunft eine Besprechung in Berlin abzuhalten. Da dies nicht vor Anfang nächster Woche möglich sein wird, werden die deutschen Sachverständigen nicht vor dem 16. Dez. in Brüssel sein können. Die deutsche Regierung wäre für Mitteilung der Namen der von den alliierten Regierungen bezeichneten Sachverständigen dankbar. Genehmigen Sie uho.

Das Reichskabinett hat sich gestern mit den Vorarbeiten für die Brüsseler Sachverständigenkonferenz beschäftigt und dabei die Voraussetzungen erörtert, unter denen die Entsendung von deutschen Sachverständigen erfolgen würde. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Annahme der Einladung würde die sein, daß die Verhandlungen der Sachverständigen in Brüssel nur als Vorarbeit für die in Aussicht gestellte Konferenz bevollmächtigter Regierungsvertreter in Genf zu gelten haben würde.

Die Reichsregierung hat weiter an folgende Persönlichkeiten die Aufforderung ergeben lassen, sich zur Beratung der Delegierten für die Dauer der Konferenz nach Brüssel zu begeben: Generaldirektor Cuno, Generaldirektor Voegler, Reichsbankpräsident Hagen-

stein, Dr. Karl Melchior, Direktor von Strauß, Bayerischer Staatsrat von Meinel, Geheimer Oberregierungsrat von Flotow, Professor Bonn sowie ein Vertreter der Allgemeinen Gewerkschaften.

Amerika mit dem argentinischen Schritt einverstanden.

tu. Buenos Aires, 9. Dez. (Sig. Drahtb.) Der Botschafter der Vereinigten Staaten sprach dem interimistischen Minister des Innern Argentiniens seine Glückwünsche zum Schritte der argentinischen Kommission in Genf aus und erklärte, daß die Vereinigten Staaten der gleichen Ansicht seien. Die Agentur Havas hat sich zuständigerorts informiert, ob zwischen beiden Ländern in dieser Beziehung ein Abkommen besteht und hat erfahren, daß dies nicht der Fall sei, es besteht vielmehr nur eine Uebereinstimmung der Ansicht beider Staaten.

tu. Genf, 9. Dez. (Sig. Drahtb.) Immer mehr gewinnt in den Kreisen der Delegierten die Ansicht die Oberhand, daß Argentiniens Rücktritt auf den Einfluß der Vereinigten Staaten zurückzuführen sei, da Harding selbst im Gegensatz zum Völkerbund ein von ihm ins Auge gefaßtes Konkurrenzunternehmen ins Leben rufen möchte. Uebrigens sollen die argentinischen Delegierten vor ihrer Abreise angedeutet haben, daß wahrscheinlich Amerika die von Argentinien verlangte Aenderung als Bedingung eines eventuellen Eintritts in den Völkerbund durchsetzen wolle. Da nun Amerika Argentinien offiziell zu seiner Haltung beglückwünscht hat, erscheint das anfangs räthelhafte Verhalten Argentiniens ziemlich aufgeklärt.

tu. San Salvador, 9. Dez. (Sig. Drahtb.) Aus San José wird gemeldet, daß dort eine Konferenz von 19 Vertretern mittelamerikanischer Staaten stattfand. Bei dieser Konferenz wurde der Plan einer Vereinigung der fünf Republiken San Salvador, Guatemala, Kosta Rica, Honduras und Nicaragua zu einer mittelamerikanischen Union entworfen.

Meuterei in der ital. Marine.

Für d'Annunzio.

tu. Mailand, 9. Dez. (Sig. Drahtb.) Ein Telegramm des „Corriere della Sera“ aus Triest meldet, daß die zum größten Teil aus Kalebresen und Sizilienern bestehende Besatzung des Zerstörers Brenzetti, der die Blockade zwischen Fiume und den Inseln bewachen sollte, während einer Nachtzeit die Offiziere überfielen, töteten und den Zerstörer nach Fiume dirigierten. Die Mannschaft ist in Fiume stillenisch empfangen worden. Während einer Ansprache d'Annunzios ertönten Rufe: Wir gehen nach Spalato! Wir gehen nach Rom! Die an Bord verbliebenen Offiziere verlangten, daß das Schiff freigegeben und auf seine Basis zurückgeführt werde, da sie der italienischen Regierung treu bleiben wollten. d'Annunzio erklärte, daß es ihnen freistehe, das Schiff und das Gebiet von Fiume zu verlassen, daß aber der Zerstörer bleiben müsse.

Rundschau.

Konflikt in Preußen. Im Hauptauschuß der Preussischen Landesversammlung war es schon vorgestern zu Differenzen zwischen der Regierung und den nichtsozialistischen Parteien gekommen. Der preussische Finanzminister Rüdemann wollte die neue Grundsteuervorlage zugleich mit dem Etat den Landesfinanzverwaltung verabschiedet sehen, um mit den neuen Ausgaben zugleich die Mittel zur Deckung zu erhalten. Es kann dahingestellt bleiben, inwieweit ein solches Verlangen vom Standpunkt der Finanzwissenschaft zu rechtfertigen ist. Jedenfalls ist es nicht üblich und die neue Belastung des städtischen und ländlichen Grundbesitzes kann keineswegs im Handumdrehen beschaffen werden. Gestern teilte nun der Minister mit, daß sich das Kabinett seiner Ansicht anschliesse. Wenn der Staat keine neuen Einnahmen erhalte, könne er den Gemeinden auch nichts zuführen. Zentrum und Demokraten wendeten sich gegen den Minister, der wie vorgestern Aufsehung der Verhandlungen über das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz verlangte. Nach heftigen Aussprachen, teilweise rein persönlichen Charakters, und einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Demokraten Dr. Kuer und dem Minister stimmten Demokraten und Zentrum mit der Opposition für die Fortsetzung der Beratung. Darauf gab die dritte Regierungspartei, die Mehrheitssozialisten, die Erklärung ab, daß sie sich an den Beratungen nicht weiter beteiligen würde und verließ den Saal. Zurückblieb nur ein Mitglied ihrer Fraktion, das den Schriftführerposten bekleidet. Welche Folgen dieser Riß im Regierungsbündel haben wird, ist noch nicht abzusehen. Aus den Kreisen der demokratischen Landtagsabgeordneten wird uns geschrieben, daß der Vorfall nicht allzu tragisch genommen zu werden brauche. Er bedeute wohl nur eine pathetische Geste des preussischen Finanzministers Rüde-

mann, der um seine Wiederwahl ernstlich besorgt sei und deshalb noch versuche, einen guten Abgang als großer Steuerreformer zu erzielen. Das preuß. Staatsministerium habe bisher auch immer eine Verbindung der beiden Gesetze miteinander für untunlich erachtet. Es habe sich offenbar erst in letzter Stunde dem Willen des Herrn Lüdemann gefügt. Man nimmt an, daß sich schon im Laufe des Donnerstag eine Verständigung mit der Sozialdemokratie ergeben werde, so daß eine ernsthafte Krise in Preußen so kurz vor den Wahlen nicht mehr eintreten dürfte.

Sozialistische Einheitsfront in Groß-Berlin. Nach der Spaltung der Unabhängigen erklärten die Groß-Berliner Mehrheitssozialisten, daß nunmehr die sozialistische Mehrheit in Groß-Berlin keinen inneren Bestand mehr habe. Allgemein wurde das dahin aufgefaßt, daß sich die Mehrheitssozialisten zu dem einzig möglichen Standpunkte zurückzuziehen wollten, die Gemeinden nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu verwalten, sondern, besonders bei der Befestigung der führenden Posten, lediglich die Frage der sachlichen Bildung ausschlaggebend sein zu lassen. Man hoffte insbesondere, daß bei der Wahl des neuen Oberbürgermeisters nach solchen Gesichtspunkten verfahren werden könnte. Durch diese Hoffnung hat jetzt ein Vorgehen der Mehrheitssozialisten einen tiefen Strich gezogen. Wie man aus den kommunistischen und neukommunistischen Blättern erfährt, haben die Mehrheitssozialisten zusammen mit den Rechtsunabhängigen den Kommunisten ein Bündnis in aller Form angetragen, das zunächst Geltung für die Oberbürgermeisterwahl haben soll, darüber hinaus aber ganz offen eine Arbeitsgemeinschaft anstrebt. Es ist charakteristisch, daß die sozialistischen Blätter das Bündnisangebot bisher verschwiegen haben. Die Kommunisten brauchen sich in dieser Beziehung keine Reserve aufzulegen. Sie erteilen auch ganz offen ihre Antwort, die natürlich zustimmend lautet. Damit steht man vor der Tatsache einer sozialistischen Einheitsfront in Groß-Berlin, die natürlich ihre Konsequenzen für die gesamte deutsche Politik haben muß.

Die Kosten des Verwaltungsapparates der Sozialisierung. Dr. Brand hat auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag berichtet, daß die Sozialisierung nach dem Plane Rathenau oder dem Plane Loderer die Einstellung von 4000 neuen Angestellten erfordere, die am Gehalt und Pension im Jahre 140 000 000 Mark erfordern würden. In Kreisen der Sachverständigen hält man die Zahl von 4000 Angestellten bei der Einrichtung der Zentralstelle und der zwanzig Generaldirektionen sowie die Aufwandssumme für Löhne und Gehälter im Betrage von 140 000 000 Mark für zu niedrig. Der Laie kann auf jeden Fall errechnen, daß die von Rathenau und Loderer vorgeschlagene Umgestaltung der Kohlenwirtschaft die Kohlenproduktion durch Vermehrung des Verwaltungsapparates sehr verteuern wird.

Konstantins vergeblicher Kanossa-Gang. Der König Konstantin hat seine Kniee vor der Entente vergeblich gemacht. Obwohl er Pariser Ausfragern gegenüber beteuerte, daß er während des Weltkrieges viermal angeboten habe, am der Seite der Entente Griechenland am Kriege teilnehmen zu lassen, bleibt doch die Ablehnung im allen Ländern der Entente ihm gegenüber die gleiche. Wie jetzt verlautet, legt ihm sogar die Regierung Rhallis den Rücktritt zugunsten seines ältesten Sohnes nahe. Und das, trotzdem 99 Prozent des Landes sich für ihn ausgesprochen haben!

Herford u. Minden-Ravensberg.

Hernspruch-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

9. Dezember

Zentralfriedhof oder Einfriedhöfe.

Der Standpunkt des Magistrats.

Ueber diese Frage gehen die Meinungen innerhalb der Bürgerschaft weit auseinander. Während ein Teil seine Ziele nur bei einem Einfriedhof erreichen zu können, verlangt entgegengesetzte Meinung die Zusammenfassung nach dem Pläne eines Zentralfriedhofs für so durchschlagend, daß wir den lebhaften Wunsch haben, das städtische Projekt möge bald unter Dach und Fach kommen. Im folgenden verteidigt der Magistrat nochmals seine Idee.

„Der Friedhofsfrage hat es die Stadtverwaltung bisher vermieden, zu den mehrfach in den Zeitungen erschienenen Artikeln über Protestversammlungen gegen den Plan des Magistrats auf Schaffung eines Zentralfriedhofes Stellung zu nehmen, um die Behandlung der Frage in der breiten Öffentlichkeit und den alsdann unvermeidlich einsetzenden lebhaften Streit der Meinungen zu verhindern.

Jetzt müssen jedoch diese Rücksichten fallen.

Wie schon in der letzten Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck gebracht, ist die Frage der Anlage von Teilsfriedhöfen für den Magistrat undiskutabel. Und warum sie dies ist, das wissen leider nur die wenigen, welche die jahrelangen Verhandlungen über die Anlage eines neuen Friedhofes und somit die Gründe kennen, die zu dem Projekt führten, das jetzt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorliegt.

Warum wurde denn immer wieder ein neu aufbauender Plan verworfen? Warum mußte ein Gelände, das alle Vorteile nach Lage zur Stadt und nach landschaftlicher Schönheit in sich vereinigte, aufgegeben werden? Weil die Bestimmungsgemäß durchzuführende Bodenuntersuchung stets die Eignung des Untergrundes zu Begräbniszwecken verneinte. Die immer wieder eintretenden Enttäuschungen führten schließlich dazu, am zuständigen Stelle anzufordern, ob überhaupt ein den Vorschriften genügendes Gelände in der erforderlichen Größe im Stadtkreise Herford zu finden sein würde. Da wurde auf das Gelände an der Nordgrenze des Stadtkreises als voraussichtlich geeignet hingewiesen und die kreisärztliche Untersuchung

des Bodens bestätigte die Eignung. Es gibt wohl kaum ein Gelände im Stadtkreise Herford, das bei näherer Untersuchung des Bodens das hielt, was es seiner landschaftlichen Umgebung und seiner Lage zur Stadt nach versprach, und deshalb ist es auch mit größter Wahrscheinlichkeit ein vergebliches Bemühen, nach Grundstücken suchen zu wollen, die zur Anlage von Teilsfriedhöfen, welche doch auch eine gewisse Größe haben müßten, auch im Bezug auf die Beschaffenheit ihres Untergrundes, geeignet sind.

Doch selbst wenn die Bodenverhältnisse es zugefassen hätten, an mehreren Stellen des Stadtkreises Teilsfriedhöfe anzulegen, so waren die Gründe, die gegen diese Zersplitterung und für die Zentralisierung des Begräbniswesens sprachen, derart gewichtige, daß dahin zielende Anregungen niemals die Zustimmung des Magistrats hätten finden können. Für eine weitestgehende Kommunalpolitik kommt nur die Anlage eines Zentralfriedhofes in Frage und die Bürgerschaft Herfords wird es einst einsehen, daß der Magistrat richtig handelte, wenn er von seinem einmal vorgezeichneten Wege nicht abging. Durch den Erwerb des Eimerväumer'schen Kolonats wird der dauernde Besitz eines Grundstücks, das sich durch seine reizvolle landschaftliche Lage, Geländegestaltung und seine Bodenbeschaffenheit gut zur Anlage eines Friedhofes eignet, gesichert und löst zum anderen die Friedhofsfrage für ewige Zeiten.

Die Tatsache, daß die Belegungsfähigkeit der städtischen Friedhöfe ihrem Ende entgegen geht (sie reicht gegenüber anders lautenden Behauptungen, wie hier ausdrücklich hervorgehoben werden soll, nur noch für längstens 1/4 bis 1/2 Jahre) ist eine Bestätigung, für die Nichtigkeit der Ansicht des Magistrats, das gesamte Friedhofsproblem sei zu zentralisieren, ein Ziel von solch hohem Werte, daß es fast alle modernen Städte längst erstrebt und zur Durchführung gebracht haben. Auch in unserer Stadt muß das System der Kleinfriedhöfe verlassen werden, falls die Erfahrungen anderer Städte nicht ohne Belehrung vorübergehen sollen. Die Kleinfriedhöfe in der Nähe der Stadt haben die Nachteile zu geringer Ausdehnung und Ausdehnungsmöglichkeit; eine spätere Erweiterung führt in einer wachsenden Stadt auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Entweder sind sie von der Bebauung bei ihrer Anlage bereits teilweise umfaßt oder ihnen wird im Laufe der Jahregehnte durch Umbauung ausreichende Ausdehnungsfähigkeit genommen; sie nehmen in weit größerem Maße als der an der Stadtgrenze gelegene Zentralfriedhof wertvolles Baugelände in Anspruch. Dagegen ist die Lage des Zentralfriedhofes dertig gewählt, daß ihn die wachsende Stadt nicht einschließen kann und daß seine Größe die dauernde Wiederbelegung gestattet. Die Grunderwerbskosten für die näher zur Stadt gelegenen Teilsfriedhöfe sind nach sorgfältiger Schätzung um mindestens die Hälfte höher als diejenigen, für den am der Stadtgrenze gelegenen Zentralfriedhof.

Es mag im ersten Augenblick erscheinen, als sei ein 128 Morgen großer Hauptfriedhof für Herford zu groß. Wird aber berücksichtigt, daß im Interesse der Verbesserung der Friedhofsanlage 3 qm Fläche für ein Grab einnimmt, der Nebenanlagen (Wege, Pflanzfläche) erforderlich sind, so wird man verstehen, wenn der durchschnittl. rationelle Belegungsprozentsatz anderer Kommunalfriedhöfe, der zwischen 38 und 60 Prozent schwankt, mit den Abmessungen des geplanten Zentralfriedhofes verglichen wird, daß letzterer keineswegs zu groß ist. Erforderlich sind bei 60 Prozent Belegung Fläche für ein Grab etwa 3 qm und bei 40 Prozent etwa 4 1/2 qm. Hierzu sei bemerkt, daß die 60 Prozent Belegung fast an eine überrationelle Ausnutzung des Friedhofes, die auf Kosten der Schönheit der Anlage erfolgt, grenzt. Dagegen führt die Anlage von Teilsfriedhöfen im Laufe der Jahre unbedingt wegen der Schwierigkeiten in der Erweiterung zu überrationeller Ausnutzung, wie dieses unter neuer städtischer Friedhof zu beobachten Gelegenheit gab.

Es erscheint daher notwendig, sich klarzumachen, von welchen Gesichtspunkten, Grundfragen und Anschauungen man auszugehen hat, um das gewünschte Ziel zu erreichen, einen Friedhof zu schaffen, der eine Stätte des ewigen Friedens, würdevoller Ruhe und weisevoller Stimmung sein soll. Es darf kein Ort geschäftiger Zeichenbestattung sein, kein Gottesacker, der durch möglichst beschleunigte Einsegnung alter Felder wieder belegungsfähig gemacht werden muß, sondern ein Ort, der den teuren Verstorbenen eine würdige letzte Ruhestätte bietet. Eine überrationelle Ausnutzung, bedingt durch fehlende Ausdehnungsmöglichkeit, ist ein enormes Kapital in den Grabsteinen und Monumenten steckt, welche infolge der Enge nicht zur Geltung kommen, so wird man erkennen, welche Summen hier zwecklos angelegt werden.

Die reichliche Verwendung von Pflanzengrün und die künstlerische Anordnung der Gräber muß ein dringendes Erfordernis sein, denn letzten Endes ist der Friedhof nicht nur eine Ruhestätte für unsere Entschlafenen, sondern eine Kulturstätte für alle Friedhofsbesucher, dazu angelegt, sich in würdevoller Stimmung in Gottes Natur und in dem Andenken an die in den Gräbern Ruhenden innerlich zu sammeln und Ruhe, Trost und Frieden zu finden.

Ein Friedhof ist der Maßstab der kulturellen Höhe, auf welcher eine Gemeinde steht!

Mehrfach ist gegen den Zentralfriedhof die Größe des Anlagekapitals und die Höhe der Unterhaltungskosten ins Feld geführt.

Ist schon im Vorstehendem gesagt worden, daß der Grunderwerb für den Zentralfriedhof nicht so kostspielig sein wird, wie für Teilsfriedhöfe, auch wenn sie insgesamt die Größe des Zentralfriedhofes nicht erreichen, so bedarf es keines zahlenmäßigen Nachweises, daß die mehrfache Errichtung der für jeden Teilsfriedhof erforderlichen Gebäude unbedingt höhere Kosten verursachen muß als ihre einmalige und ausreichend große Gestaltung auf dem Zentralfriedhof und ferner sind die Kosten für die einheitliche Verwaltung eines großen Einfriedhofes unter allen Umständen niedriger als diejenigen, welche die Bewirtschaftung und Unterhaltung mehrerer Teilsfriedhöfe an verschiedenen Punkten des Stadtkreises erfordern.

Ueber die Kosten der Begräbnisse nach dem Zentralfriedhof sind wohl zahlenmäßige Nachweise verfrüht. Auch hier wird die Vereinheitlichung des Begräbniswesens nicht die finanziellen Belastungen in dem Maße mit sich bringen, wie sie von Gegnern der Magistratsvorlage befürchtet werden.

— **Kein Stromverbrauch nach 4 Uhr nachmittags.** Das E. M. R. hat Maschinenfabrik und kann darum das städtische Elektrizitätswerk nicht voll beliefern. Es ist darum erforderlich, im Stromverbrauch sparsam zu sein und nach 4 Uhr nachmittags keinen Motor mehr laufen zu lassen.

— **Genug Zucker für das Inland.** Im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates machte Kommerzienrat Untucht Mitteilungen über die Zuckereinnahme. Im vorigen Jahre betrug sie knapp 14 Millionen Zentner, in diesem Jahre dagegen 23, vielleicht sogar 24 Millionen Zentner. Diese Ernte genügt für die Bedürfnisse des Inlands. Eine weitere Steigerung bringt uns dem Zeitpunkt näher, da wir Zucker ausführen und damit einen Teil der Einfuhr ausgleichen können.

— **Vom Reichsnotopfer.** Man schreibt uns: Der Vorstand der Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen steht aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen auf dem Standpunkte, daß bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer nur der Wehrbeitragswert als zutreffender Maßstab zu Grunde gelegt werden kann. Das gilt auch für andere Besitzungen, namentlich des Handwerker- und Gewerbestandes und jeder Versuch der Finanzverwertung, andere Werte der Berechnung zu Grunde zu legen, wird energisch zu bekämpfen sein. Das hiesige Handwerk wird sich den Interessen seiner Mitglieder mit allem Nachdruck annehmen.

— **Kein Beschlagnahmegericht mehr für Wohnungen in Neubauten.** Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Den Gemeindebehörden wurde bisher auf Antrag regelmäßig das Recht erteilt, auch Räume in Neubauten zur Unterbringung Wohnungsuchender zu beschlagnahmen. Nach den gemachten Erfahrungen hat diese Befugnis vielfach hemmend auf den Anreiz zur Herstellung neuer Wohnungen gewirkt. Der Reichsarbeitsminister hat daher der Landesregierungen angeregt, anzuordnen, daß die auf Grund des Wohnungsmangelgesetzes erlassenen Anordnungen, auf Räume in Neubauten keine Anwendung finden sollen. Räume in Neubauten würden hiernach der Beschlagnahme nicht unterliegen.

— **11. Mahllöhne für Gerste und Hafer.** Die Reichsgetreidekammer hat infolge der gestiegenen Unkosten der Mahlen für die Verarbeitung von Gerste und Hafer für Selbstverarbeiter folgende Sätze festgestellt: für die Verarbeitung von 100 Kilogramm und mehr 26 M für den Doppelzentner, von 50 bis 99 Kilogramm 28 M, von 1 bis 49 Kilogramm 30 M. Bei der Herstellung von Graupen, Grüte u. Flocken aus Gerste beträgt der Mahlerverlust, wie im Vorjahr, 5 %, während an Rähmmitteln 50 %, an Mehl 10 % und Kleie und Nachmehl 35 % zur Ablieferung kommen müssen. Die Ausbeute für die Verarbeitung von Hafer beträgt bei durchschnittlicher Güte des Hafers 50 % Flocken, 13 % Kleie und 23 % Speizen.

— **Ortsgruppe Herford des Bundes Deutscher Bodenreformer.** Am letzten Montag wurde hier im „Haus der Väter“ eine Ortsgruppe des Bundes Deutscher Bodenreformer gegründet. Vorsitzender der Ortsgruppe ist Studientrat Dr. R. Schardt, Schriftführer Professor Dr. R. Schardt, Kassamann Stadtschreiber Hoffmann. Als Beisitzer wurden gewählt: Frau A. Kramer, Herr Architekt Fröhlich, Architekt Köster und Mittelschullehrer Wirth. Außerdem wurde ein Ausschuss von 20 Mitgliedern gebildet, der noch erweitert werden soll. — Mit dem heute abend 8 Uhr im Evang. Vereinshaus stattfindenden Vortrag über „Bodenreform und soziale Not“ tritt die Ortsgruppe zum ersten Mal in die Öffentlichkeit. Wir weisen nochmals auf den Vortrag hin.

— **Rufübverein.** Die Proben zum Chor der Aufstellungshymnophonie und zum Hohen Lied vom Leben und Sterben beginnen nicht, wie gestern irrtümlich berichtet wurde, am Donnerstag nächster Woche, sondern heute abend in der Aula des Gymnasiums.

— **Die Verhaftungen der letzten Woche — 14 Obdachlose.** Das Polizeigefängnis als Verhaftungslokal ist eine Erscheinung, die recht deutlich den Stempel der Zeitgeist trägt. — **Wohnungsnot.** Der Polizeibericht besagt darüber folgendes: In der Zeit vom 28. November bis 4. Dezember wurden 31 Personen in Haft genommen, davon wegen Diebstahls 7, Hehlerei 2, Betruges 3, Schusswaffenbesitz 2, Obdachlosigkeit 14.

— **Auch die übrigen Einbrecher vom Kornhaus verhaftet.** Vor einigen Tagen berichteten wir über den frechen Einbruch im Kornhaus an der Mindenerstraße und brachten dazu die Nachricht, daß man des einen der drei Täter habhaft werden konnte. In diesen Tagen gelang es nunmehr der Polizei, auch die beiden anderen Missetäter festzunehmen und ihrer verdienten Strafe zuzuführen.

— **Ein, der's nicht lassen kann.** Erst einige Stunden nach Verhaftung einer Gefährtin in der hiesigen Strafanstalt beging ein Mann in Bismarckshagen schon wieder einen Diebstahl. Er wurde dort verhaftet und führte nun dorthin zurück, von wo er vor kurzer Zeit erst fortgegangen war.

— **Kurze Freude an unrechtem Gut hatte ein Langfinger,** der in eine hiesige Fabrik kam, angeblich um Arbeit zu suchen. Er benutzte die Gelegenheit, um sich einen kleinen Ulfen anzueignen. Weiter als zum Bahnhof kam er aber nicht, denn schon dort erfaßte ihn das Gesetz, ein Polizist stellte den Dieb und nahm ihn mit.

— **Neue Diebstähle.** „Fette“ Beute machte ein Dieb, der in das Haus eines Arbeiters in der Kochhauserstraße einstieg und das Eingefachelte einer Prüfung unterzog. Er nahm 22 Leberwürste, vier Pfund Speck, ein Rindfleisch und 10 Pfund Zucker mit sich. — Gerade in der entgegen-

gelegten Felder Arbeiter einladen, eine heftige Forderung beflügelt hatten.

— **Ein** gelang es, ein anwaltliches Mahls steckbriefliches Gewalts

— **Bei** Mann verhaftet er ein Fahrrad Radbesitzer unbekannt

— **Beilage** unserer Zeitung Fr. Kühle Schreibung Schulen und pflichtiger Kinder fondernden Beauftragte stell und billiges

— **Ein** Handwerker Wohnung angenommen melten Gemein Eintrag erkl nungsfrage eine schende außer durch Neubau von Wohnun Ränder und r beschaffung bis

— **Ein** kann, muß die beendet, die muß mit größ darüber, welch für das Wohl gehende Unter ummöglich um

— **Ein** wurf zu einer Wertschätzung Wohlfahrtszweckentsprech zum Gesetz zu diese Entschüsterium mit

— **Ein** für die Entwaff Stadt Vielesel und, noch Unkl Lieferungspflicht

— **Ein** hier auf die S Kriminalpolizei Monaten mehr det zu haben. selbst verbraucht nahmt und de Bei einem Betr im Gesamtver

Aus M.

— **Bad Pym** Trennung von Desdorf und P kreises Volksw dasselbe Bild der einzelnen Der Ausfüh gungen bekannt Domaniatrasse Verwaltung ist der erfolgungs den folgende mit Landratsa Thermalquelle, laales, Unterfch Ausdehnung d der Kohlengru

— **Münste** nachmittag die Ede der Hagel umung in dem Raden gelegene dem Bette lieg kurze Zeit vor Ob Wertfagen gen wies die unter den Kiff

Ach

— **sind** ele

— **J. I.**

Das beste Weihnachts-Geschenk für Kinder

in der gegenwärtigen teuren Zeit ist ein praktisches Geschenk. Wir bieten Ihnen ein solches in unseren **Diarien, Schreib- und Rechenheften** Aus bestem Papier hergestellt, liefern wir dieselben zu billigsten Preisen. Ueberzeugen Sie sich durch Einkauf in der Buchdruckerei der Herforder Zeitung **Fr. Kuhle, Herford, Rennstrasse 29-31**

STATT KARTEN!
Für die uns anlässlich unserer
Silber-Hochzeit erwiesenen Auf-
merksamkeiten sagen wir unsern
herzlichsten Dank.
Herford, den 9. Dezember 1920.
**Carl Wittenborg
und Frau.**

Dankagung!
Für die überaus tätige Teilnahme an dem herben
Verlust unseres teuren Entschlafenen, sowie für die
reichen Kranzspenden sagen wir allen auf diesem Wege
unsern
tiefgefühlten Dank.
Schwarzenmoor, den 9. Dezember 1920.
Louise Hüffmann und Kinder.

Einer Familienfeier wegen bleibt mein Geschäft
am Freitag nachmittag geschlossen.
Herford. **W. Mendhoff.**

Spielvereinigung Union 08 e. V., Herford.
Heute abend 8 Uhr pünktlich bei Deiters
Versammlung.
Der Vorstand.

Neu eröffnet!
Jeder alte Herren- und Damenhut wird nach
den neuesten Formen gewaschen, gereinigt und umge-
preßt innerhalb 8 Tage auf jede gewünschte Form.
Jeder Hut wird wie neu!
Weihnachtsaufträge werden
noch alle erledigt.
Herforder Hutumpresserei
(Bernstein & Voogen)
Fabrik: Steinstraße 6. — Hauptgeschäft: Kirchstraße 4,
eben der Stadtwirter Kirche. — Annahmestellen: Renn-
straße 25; Härterei Schulte; Horenburg, Steinstraße 6.

Wir haben
*** einige fette Gänse ***
das Pfund mit 11 Mk. abzugeben.
Margarine, Speisefett und Rindertalg
trafen in frischer Ware wieder ein. Die
Preise sind die alten. Gelbe und grüne
Erdbeeren sind noch vorrätig. In un-
serem Lager am Kleinbahnhof ist geschro-
teter Mais preiswert zu haben.
Gemüse- und Obstmarkt, G. m. b. H.
Arndtstraße 6, Lager Kleinbahnhof.

Sehet und stannet!
Wer in der Bielefelder Beschlusanstalt seine Schuhe besohlen
und reparieren läßt, spart zu Weihnachten viel Geld.
Ein Versuch macht Sie zu unseren dauernden Kunden.
Schnelle, gute und prompte Bedienung.
Empfehle besonders meine Abteilung für eleg. Reparaturen
unter Garantie guten Erfolgs.
Bielefelder Schuh-Besohl-Anstalt
mit elektrischem Betrieb
Gütersloh Bielefeld Herford
Berlinerstraße 26 Niederwall 15 a Bäckerstraße 8.
Auf Wunsch werden die Schuhe abgeholt u. nach Fertigstellung
wieder frei ins Haus gebracht.

Inhaber: Ludwig Nixe.
+ Bruchleidende +
Gürtelbruchband „Neuherst-bequem“
Tag und Nacht tragbares Stützband ohne Feder
mit Gummigürtel und heftender Pelotte. Durch zahlreiche Dant-
schreiben als hervorragend bequem und sicher wirkend aner-
kannt. Wertvollste Empfehlung. In eigener
Werktstätte hergestellt vom
Harzer Sanitäts- und Bandagenhaus
Friedrich Rasche, Ballenstedt im Harz
Zur Annahme von Bestellungen ist mein Ver-
treter abwesend in Herford, Hotel Kronprinz, am
Sonntag, den 12. Dezember 1920, von 9-4 Uhr.

Ungestellte!
Tarifgemeinschaft d. Angestellten-Verbände, Herford.
Hierdurch laden wir die gesamte Angestelltenschaft
Herfords zu der am Freitag, den 10. Dezember, abends
8 Uhr, im Saale des Herrn F. Brinmann, Rentnor
statfindenden öffentlichen
Versammlung
ein.
In dieser Versammlung werden u. a. die Herren
Lottmann, Boff und Wegmann über die Tarifverhandlung
genau Bericht erstatten.
Kein Angestellter Herfords darf fehlen.
Der Vorstand der Tarifgemeinschaft.

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig u. Wien
Deutsche Romane
zeitgenössischer Dichter
Die zwei Nationen. Ein Roman von Traugott Tamm.
Schön gebunden. 20 Mark
Geert Holtds Braut. Ein Roman von Traugott Tamm.
Schön gebunden. 21 Mark
Auf heiß umtrittener Erde. Ein Roman von Traugott Tamm.
Schön gebunden. 18 Mark
Von den tiefen Wätern des Hans Schaffner.
Ein Roman von Traugott Tamm. Mit einem
Vorwort von Friedrich Schlegel. Schön gebunden. 16 Mark
Heute. Ein Roman von Traugott Tamm.
Schön gebunden. 21 Mark
In dieser neuen Sammlung sollen nur Werke einer innerlich festen
Hand von lebendigen Dichtern erscheinen, die in der Lage sind, das
heute zu schreiben, was in überlängter Zeit, im Mythos-Protesten oder in
bloßem Abseelen die Verzerrungen einer Tagesmode widerspiegelt.
In diesen Preisen kommen noch die ordentlichen Buchhändler-Zuschläge

**RATSKELLER
HERFORD.**
Dienstags und Freitags
von 7 1/2 bis 11 Uhr
**KÜNSTLER-
KONZERT.**

Kaffee Germania
Täglich Konzert.

Musikverein.
Heute Probe
zu Bauhären und Wählern.
Erscheinen dringend erforderlich.

**Freiwillige
Feuerwehr**
in Herford.
Am Freitag, den 10. Dez.,
abends 8 Uhr:
Übung.
Daran anschließend
Generalversammlung
im Bürgerverein.
Auch die Kapelle hat zu er-
scheinen. Der Branddirektor
Fauna
Herford.
Freitag, 10. Dez.,
abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung.

An- und Verkauf
von gebrauchten Möbeln,
Fenstern, Betten, Kleider-
schränken, sowie sämtlichen
sonstigen Haushaltsgegenständen
von einwandfrei und künstlerischer
Verf. Postkarte genügt.
Jacob Schmitt, Stiftberg
Straße 1, (Lorenzgang)
Von heute an täglich
frisches
Fleisch
E. Biergege,
Mittelstraße 4. Telefon 910.

6 jugendl. Arbeiterinnen,
15 Haus- u. Küchenmädchen
sowie zum 1. Jan. gesucht.
Arbeitsamt
für Stadt- und Landkreis
Herford
Wallenhausstraße 1.

**Lehr-
mädchen**
für unsere Bäckerei im
Hause z. baldigen Eintritt
gesucht.
J. Elsbach & Co.
H. G.

**Jugendliche
Arbeiterinnen**
für dauernde Beschäftigung ge-
sucht.
Herrn. Heint. Nöckerdorf,
Lobdengraben.

**Jüngere
Kontoristin,**
die auch im Maschinenschreiben
und Stenographie bewandert
ist, für größeres Kontor sofort
gesucht.
Angebote unter Nr. 12880
an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

**Jüngere, kräftige
Arbeiter**
sucht
Meyer, Leopoldstraße.

**Jugendlicher
Hilfsarbeiter**
für leichte Arbeiten u. Boten-
gänge sofort gesucht.
Herforder Zeitung
für Stadt und Land.

**20 Weber,
Weberinnen u.
Lehrmädchen**
stellt ein
Wettling des Textilwerk
Erwin Seidel,
Elverdissen.

**Mehrere
Tischler**
stellt ein
Schmeckebier & Lindemann
Schweicheln.

Empfehle mich zum
Hauschlachten.
Hermann Wehmeier,
Göbenstraße 40.

**Meiner geschätzten
Kundschaft!**
Partie

neue Winter ist eingegangen.
Preis von 160 Mk. an.
Neue Anzüge von 300 Mk.
an. Großer Vorrat
getragener Kleidungsstücke
kommt billig zum Verkauf.
Kleider- u. Wäsche- u. Sch. Zimmer
sowie Federbetten u. Bettwäsche
neu und gebraucht.
Ein Weg lohnt sich.
An- und Verkaufsstelle von
neuen und gebrauchten Sachen.
**Jacob Schmidt, Stiftberg-
straße 1, (Lorenzgang).**

Zwei Anzüge,
blau u. grau, ein Marengo-
Jackett mit Weste und ein
Paletot für Hr. 160-165.
billig zu verkaufen. Diese Sa-
chen sind wenig getragen und
gut erhalten.
Gellerweg 41.

Unterhaltene, eingestellte
Gitarre
zu verkaufen.
Säsenbrink 14.

**Passendes
Weihnachtsgeschenk!**
Unterhaltener photogra-
phischer Apparat 6x9-
9x12-12x18, Friedensware,
mit Zubehör billig zu verkaufen.
Wo, sagt unter 12824 die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ein neues Vertikow
wegen Platzmangel zu ver-
kaufen. Zu besichtigen von
morgens 9 bis mittags 1 Uhr.
Nachfragen bei **Wilhelm
Hilmer, Johannisstr. 18.**
Telefon 968.

Rechtsauskunft
jeden Freitag
von 10-12 1/2 Uhr im Ewang.
Beretinshaus, Herford.

Gediegene Weihnachts-Geschenke:
**Photo-
Apparate**
Alben,
Stereoskope,
Chromoplastbilder,
in Serien u. einzeln.
Pantoscopes zum Be-
trachten von Auf-
nahmen, Bildern,
Postkarten u. s. w.
Fachm. Beratung.
Preisabbau Die Preise für photographische Artikel
sind teilweise um ca. 33 1/2 % herabgesetzt.
Max Görn, Gehenberg 14.
Opt. Institut, Photo-Zentrale.

Konsum-Verein Herford und Umgegend
E. G. m. b. H.
Wir empfehlen unseren Mitgliedern:
1a. gelbe Stedrüben per Ztr. Mart 18.50
weiße Stedrüben per Ztr. " 17.50
gelbe Futterrüben " " 24.00
In unserm Lager Mindenerstraße.
Der Vorstand.

Schirmfabrik
Eischer
Grösste Auswahl!
vorm. Stockhaus, Reparaturen! Neubeziehen!
Gehenberg 20 a.

Haben wieder einen Transport
prima hochtragender
Kühe u. Rinder
in unseren Ställen zum Verkauf stehen, welche wir bestens
empfehlen und preiswert abgeben.
J. Löwenstern,
Telefon 681. Bügelstr. 5. Telefon 248. Credenstr. 3.

PELZE
Auch in dieser Saison bietet
meiner werthen Kundschaft wie
alljährlich grosse Vorteile beim
Einkauf von Pelzwaren. Reiche
Auswahl in allen modernen Pelz-
Garnituren. Officiere **pracht-
volle Pelze** schon für 70,
90, 130 Mark und höher.
Schicke Pelzhüte.
Pelzänderungen b. gewissenhafter
Ausnutzung des übergebenen Ma-
terials.
— Für Fahrt von auswärts vergütet 10 Mk. —
Pelz-Elagengeschäft
H. Büttner, Bielefeld
Bahnhofstrasse 2, 1. Etage, Eingang im Kino.
Auch Sonntags im Hause!

Suche sofort
**2 tüchtige Werkzeugschlosser und
2 tüchtige Werkzeugdreher**
nur selbständig arbeitende Kräfte werd. berücksichtigt.
Herforder Präzisions-Werk.
Walter Pfaffenbach.

Eine Werbekraft
besitzt eine geschmackvolle Drucksache.
Sie wird vom Empfänger nicht, wie die
anderen, dem Papierkorb anvertraut,
sondern wandert in die Sammelmappe für
Werbesachen. Damit ist aber der Zweck
erreicht, denn eine Bestellung erfolgt
dann sicher. Vornehm gehaltene Druck-
sachen fertigt als Spezialität die Buch-
druckerei **Fr. Kuhle, Rennstr. 29/31.**
— Fernruf 83 und 151. —

**Geschlechts-
Kranke** Jeder Art (Harn-
röhrenleiden, frische u. späte,
veraltete, Syphilis, Mannes-
schwäche, Frauenleiden)
wenden sich sofort vertrauens-
voll an Spezialarzt
Dr. med. Dammann
Berlin S 69 Potsdamerstr.
123 B. Sprechst. 9-11 u.
2-4, Sonntags 10-11 Uhr.
Beliebende Broschüre mit
tausenden freiw. Dankschr.
u. Angabe bester Heilmittel
(ohne Quecksilber u. andere
Gifte, ohne Einspritz., ohne
Berührung) gegen 1.- Mk.
diskret in versch. Kuvert
ohne Aufdruck. Leiden ge-
nau angegeben.

Puppenmöbel
(Kochkessel, Leuchtmittel)
zu verkaufen.
Schwarzenmoorstr. 115.
Hofhund,
wachsam, sechs Monate alt, zu
verkaufen.
Schwarzenmoor 11.